

21 JAN 1963
TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/22

Bonn, den 31. Januar 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Herr Dufhues als Zensor</u> CDU-Kampagne gegen die Rundfunkanstalten Von Peter Blachstein, MdB	67
3 - 4	<u>CDU forciert das Antibritentum</u> "Historische" Attacken gegen Großbritannien	92
5	<u>Universitätspläne in Baden-Württemberg</u> Noch weit bis zum ersten Spatenstich	44
6 - 7	<u>Gründe des Scheiterns</u> Streit um die Besetzung des Außenministeriums Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Prants	64

Chefredakteur Günter Markscheffel

i. V. Albert Exler

Herr Dufhues als Zensor

CDU-Kampagne gegen die Rundfunkanstalten
Von Peter Blachstein, MdB

Es ist üblich geworden, daß die CDU ungefähr einmal im Monat gegen Rundfunk und Fernsehen zu Felde zieht. Letztens war es eine CDU-Tagung in Hannover, die Herr Dufhues zum Anlass nahm, vor allem gegen den Norddeutschen Rundfunk und die Fernsehserie "Panorama" zu polemisieren. Offenbar rechnet die CDU damit, daß stete Hetze einschüchtert. Man ist bei der Kritik nicht sehr wählerisch, meist unpräzise und leider auch diffamierend, wie etwa bei dem geschmacklosen Vergleich der "Gruppe 47" mit der Reichsschrifttumskammer.

Die systematische Kampagne gegen die Rundfunkanstalten, in denen es noch Kritik und freie Meinungsäußerung gibt, zielt auf die Beseitigung der der CDU mißliebigen Redakteure und will die Gleichschaltung aller politischen und aktuellen Sendungen. Der Druck auf Intendanten und Programm Direktoren nimmt ständig zu und immer weniger Kommentatoren dürfen ihre Meinung sagen. Wenn es beim Norddeutschen Rundfunk noch einige profilierte Redakteure gibt, die auch das Recht haben, ihre Meinung zu sagen und Kritik, selbst an der CDU und der Bundesregierung, zu üben, so halten wir das für einen Gewinn für Hörer und Zuschauer.

Es ist die vornehmste Aufgabe der Aufsichtsorgane der Rundfunkanstalten, dafür zu sorgen, daß die parteipolitische Neutralität und Unabhängigkeit des Rundfunks gewahrt wird. Die CDU ist an dieser Aufgabe neben den anderen politischen Kräften beteiligt. Leider gibt es aber in der CDU Strömungen der Intoleranz, die die öffentliche Meinung unter ihre Kontrolle zwingen möchten. Das gescheiterte Adenauer-Fernsehen war ein klarer Beweis für die Absichten, das Fernsehen einer Partei dienstbar zu machen, wobei demokratische Verfassungsgrundsätze grob mißachtet wurden. Wenn der Anlauf zu einer besonderen Fernsehanstalt des Bundes mißlang, so wird dennoch das Ziel, die Meinungsbildung durch Rundfunk und Fernsehen zu beherrschen, weiterhin energisch angestrebt.

Herr Dufhues kennt Rundfunk und Fernsehen. Seit vielen Jahren ist er der Vorsitzende des Verwaltungsrats des Westdeutschen Rundfunks in Köln. Er hat viele Möglichkeiten, seinen Einfluß geltend zu machen und

macht davon keineswegs sparsamen Gebrauch. Der Norddeutsche Rundfunk unterliegt aber nicht seiner Aufsicht oder Kontrolle. Es ist interessant zu wissen, daß eine Meinungssendung wie "Panorama", die ausdrücklich dem Zuschauer als solche angekündigt wird, beim Publikum sehr hohe Zustimmung findet. Das wird regelmässig von Instituten festgestellt, die unabhängig vom NDR sind. Meinungssendungen fordern natürlich zur Kritik heraus und sind umstritten. Für den Zuschauer liegt gerade darin ihr besonderer Reiz. Dabei kann auch einmal übers Ziel hinausgeschossen werden, das ist kein Unglück; es ist sehr viel fruchtbarer als die Langleweiligkeit der Gleichschaltung.

Es gibt sicher vieles - auch beim NDR - was besser sein könnte. Kritik ist nützlich und bei der Bedeutung von Rundfunk und Fernsehen unerlässlich. Die hochnäsige Ablehnung des Eurovisions-Fernsehspiels hat zu recht scharfer Kritik geführt. Wann werden die Verantwortlichen ihren falschen Beschluß revidieren und das Spiel dem deutschen Publikum zeigen?

Die CDU deutet immer wieder an, daß in Teilen des Programms des NDR ein Mangel an staatspolitischer Haltung zu verzeichnen sei. Wir müssen deshalb einmal darauf hinweisen, daß kein Sender in der Bundesrepublik so intensiv die Probleme Berlins und Gesamtdeutschlands behandelt wie der NDR. Die Hörer in der Bundesrepublik und in der Zone wurden und werden ständig über das Leben in den beiden Teilen Deutschlands informiert. Es wäre dankenswert, wenn die Beteiligten der CDU künftig an diesen Aufgaben mehr Interesse zeigten als in der Vergangenheit. Dazu würde gehören, daß Sendungen wie "Diesseits und jenseits der Zonengrenze" und "Das mitteldeutsche Tagebuch" nicht so spät im Fernsehprogramm platziert werden, daß Jugendliche und viele arbeitende Menschen praktisch von diesen Programmen ausgeschlossen werden. Vielleicht kann Herr Dufhues bei seinem Parteifreund, Herrn Dr. Mohr, dem Koordinator für das Deutsche Fernsehen in München, ein wenig nachhelfen?

Die Leistungen unserer Redakteure, Künstler und Techniker in Rundfunk und Fernsehen können jeden internationalen Vergleich bestehen. In unserem Nachbarland Dänemark hat zum Beispiel das Programm des KDR nicht wenig dazu beigetragen, Vertrauen für die Bundesrepublik zu gewinnen. - Es ist eine üble Praxis, geistig schaffende Menschen einschüchtern zu wollen. Wer das tut, wird das demokratische Selbstbewußtsein unserer Jugend und unserer Intelligenz zu spüren bekommen, wie die letzten Monate in der Bundesrepublik deutlich gemacht haben.

CDU forciert das Antibritentum

sp - Der "schwarze Tag von Brüssel", an dem die vierzehnmonatigen Verhandlungen um den EWG - Beitritt Grossbritanniens an der intransigenten Haltung des Generals de Gaulle gescheitert sind, hat in den Führungskreisen der CDU/CSU zu einer geradezu babylonischen Geistesverwirrung geführt. Man hat dort erst jetzt in ihrer ganzen Grösse die Gefahr erkannt, dass das allzu reservierte Verhalten des Bundeskanzlers und eines Teils der CDU/CSU-Prominenz gegen die britische EWG-Mitgliedschaft heute nach Brüssel, in weiten Kreisen enttäuschter und besorgter Europäer und Amerikaner zu dem Versuch führen könnte, den "Schwarzen Peter" für das Brüsseler Fiasko auch der Bundesregierung zuzuschieben.

Diese plötzliche Erkenntnis hat in manchen CDU/CSU-Gehirnen offenbar zu totalverfinsterten Kurzschlüssen geführt. Sieht man sich doch auf einmal auch in der selbstverschuldeten Zwangssituation, die doch vom ganzen deutschen Volke gewünschte und geförderte Freundschaft mit dem französischen Volke vor einer Identifizierung mit dem zeitlich so unglückseligen Adenauer-de Gaulle-"Statut" verteidigen zu müssen, um nicht in ein allzu schiefes Licht zu geraten. Und da greift man nach dem unpassendsten und dümmsten Gegenmittel - zur Flucht nach vorn in ein offenes Antibritentum.

In den der CDU-Führung besonders nahestehenden "Bonner Informationen aus erster Hand" ist dazu nachzulesen, dass die Brüsseler "Krise durch England ausgelöst" worden sei. Zur Begründung dieser erstaunlichen These bemüht man einen "namhaften Historiker", der offensichtlich im Auftrage eines bestimmten engagierten Teils der CDU-Führung eine heftige Attacke gegen England zu reiten hat. Dieser "namhafte Historiker", dessen Name nichts zur Sache tut, beginnt sein Theseengebäude mit folgender Konstruktion:

Nachdem noch im Sommer und Herbst 1962 der EWG-Beitritt Englands "ziemlich allgemein kritisch betrachtet" worden sei, wäre es dann den "Gegnern des europäischen Marktes und ihren Lobbyisten" gelungen, einen radikalen Stimmungsumschwung herbeizuführen: "Damit ist die europäische Idee bedroht; was mühsam in jahrelanger Arbeit aufgebaut wurde, ist dem Einsturz nahe". Auf gut Deutsch will diese CDU-These besagen, dass der heute von fünf EWG-Staaten, einschliesslich der Bundesrepublik, und Amerika gegen den erklärten Willen de Gaulles gewünschte und geforderte Beitritt Grossbritanniens zur EWG "die europäische Idee bedroht" und den bisherigen Aufbau Europas "dem Einsturz nahe" bringt!

Der nächste Stein der CDU-historischen Konstruktion ist die Beschreibung der britischen Haltung durch die Wiedergabe einer angeblichen Meinung der Labour-Party, von der Macmillan sachlich gar nicht so weit entfernt sein soll, dass nämlich der EWG-Beitritt Londons dann wünschbar wäre, wenn man den Sechs nur vorher die eigenen britischen Bedingungen aufzwingen könnte. "Was Wunder, wenn nun in der EWG die Skepsis obsiegte!", behauptet der CDU-Historiker und erklärt: "De Gaulle macht sich zu ihrem (der Skepsis) Sprecher. Darauf begann die weltweite Polemik, die Frankreich den 'Schwarzen Peter' zuschieben möchte".

Diese "weltweite Polemik", die in den Köpfen der CDU-Historiker vermutlich die Rolle einer Art anti-de gaullistischer Geheimfeme zu spielen scheint, habe dann aus dem britischen EWG-Beitritt "keine wirtschaftspolitische, sondern eine hochpolitische Angelegenheit" gemacht und schliesslich alles so dargestellt, "als wolle de Gaulle England aus Europa ausschliessen, um allein die Hegemonie auf dem Kontinent zu übernehmen". Dazu als Seitenhieb gegen Washington: "Diese Gesichtspunkte fanden in Amerika eine grosse Resonanz".

Dieses, mit auf den Kopf gestellten Fakten fabrizierte Handwerksbild von dem durch England, Amerika und die "weltweite Polemik" eingekreisten unschuldigen General könnte von einer rührend-peinlichen Komik sein, wenn man sich nicht vor Augen halten müsste, dass diese Art von CDU-Geschichtsbetrachtung tatsächlich von einem Bonner Dienst serviert wird, dessen enge Bindungen an die CDU-Führung ihn zumindest CDU-offiziös macht. Und vor diesem Hintergrund bekommt die Schlusspassage der CDU-Geschichtsschreiberei einen allerdings hochpolitischen Charakter. Der Dokumentation halber werden diese Sätze in voller Wortlaut verzeichnet, weil sich an ihnen erkennen lässt, welchem hemmungslosen Antibridentum heute in Bonn CDU-offiziös das Wort geredet werden kann:

"Es sei schliesslich auch daran erinnert, dass es nach Ansicht vieler Beobachter ein Irrtum war, 1961 an eine endgültige Abkehr Englands von seiner traditionellen Europa-Politik zu glauben. Seit Pitt waren die drei Europa-Doktrinen Grossbritanniens: 1. auf dem Festlande selbst keine dauernden Engagements einzugehen; 2. aber auch keine andere Koalition dort zu bilden; 3. stets gegen die jeweils stärkste Macht auf dem Festlande aufzutreten. Von 1850 bis 1950 schien Deutschland der potentielle Gegner Englands auf dem Festland, vorher waren es Holland, Spanien und zwischen 1700 und 1850 Frankreich. Jetzt scheint es wieder Frankreich. Die nicht zu bildende Koalition auf dem Festlande ist heute die EWG".

So wörtlich zitiert aus den "Bonner Informationen aus erster Hand", Nr. 609 vom 30. Januar 1963 / Seite 6 unten. Die enge politische Bindung des Dienstes und des "Historiker"-Autors an die CDU lassen eine Bewertung dieses Zitats als eine privat-belanglose Meinung nicht zu. Sie müssen als Ansicht zumindest eines bestimmten Teils der CDU-Bundesführung vermerkt und dort auch verantwortet werden. Das offene Antibridentum dieser Sätze bedeutet eine ernsthafte Gefährdung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Grossbritannien sowie des ganzen europäischen Einigungswerkes. Diese Anglophobie treibt zudem der Sowjetregierung die politischen Hasen in die Küche. Hier wurde also dem deutschen Staat und Volk grosser Schaden zugefügt.

Universitätspläne in Baden-Württemberg

H.D. Stuttgart

In diesen Tagen wird den Abgeordneten des baden-württembergischen Landtags ein voluminöses Buch zugehen. Es enthält die Denkschrift für die Errichtung einer neuen Universität. Der südweststaatliche Ehrgeiz geht aber noch weiter. In der Denkschrift wird auch die Errichtung einer Medizinischen Akademie und für eine bereits bestehende Universität die Schaffung einer zweiten medizinischen Fakultät vorgeschlagen. Die neue Universität soll nach den Vorschlägen der Regierung nach Konstanz am Bodensee kommen und als "ein neuer Typ die Fachgrenzen und Fakultätsgrenzen überwinden helfen und die Kräfte konzentrieren". Kostenpunkt 451,5 Millionen Mark, zu denen noch 73,2 Millionen DM für die Erstausrüstung zu rechnen sind. Von 26 Millionen laufender jährlicher Kosten werden 19 Millionen DM auf den Personaletat entfallen, von dem 45 philosophische, 39 naturwissenschaftliche und 30 sozialwissenschaftliche Lehrstühle zu dotieren sind.

Die neue Universität soll dreitausend Studenten aufnehmen, wobei nur an der Philosophischen Fakultät erste Semester Aufnahme finden, während für die anderen beiden Fakultäten ein mindestens dreisemestriges Studium an anderen wissenschaftlichen Hochschulen als Voraussetzung für die Aufnahme verlangt werden soll.

Die Medizinische Akademie mit 2470 Betten soll in die alte Münsterstadt Ulm an der Donau gelegt werden. Die Kosten für die Errichtung werden mit 605 Millionen Mark angegeben, die laufenden Kosten auf jährlich 50,7 Millionen DM geschätzt. Die zweite medizinische Fakultät soll der Denkschrift nach in dem der Universitätsstadt Heidelberg benachbarten Mannheim errichtet werden. Kostenangaben hierüber enthält die Denkschrift nicht. Die Denkschrift enthält auch keine Angaben darüber, wie das Land Baden-Württemberg diese Riesensummen in absehbarer Zeit aufzubringen gedenkt.

Mit drei Universitäten und vier wissenschaftlichen Hochschulen ist Baden-Württemberg das hochschulreichste Bundesland. Für den Ausbau der bestehenden Hochschulen hat das Land nach den Berechnungen der Fachleute in den nächsten Jahren noch rund 2,2 Milliarden Mark auszugeben. Die Haltung der SPD zu den Plänen der Landesregierung ist bekannt. Auch die Sozialdemokraten halten eine weitere Hochschule in Baden-Württemberg durchaus für notwendig. Dies könne jedoch, wo wurde von ihren Sprechern formuliert, nur eine Volluniversität sein.

Primär erscheint der SPD im Lande der Ausbau der bestehenden Hochschulen, der keineswegs vernachlässigt werden darf. An zweiter Stelle in der Dringlichkeit setzt die Schaffung weiterer Studienplätze für Medizinstudenten ein. Von der Regierung erwartet die SPD, daß sie auch die Möglichkeiten für die Finanzierung einer Neugründung darlegt. Darüber jedoch schweigt sich die Regierung aus. Bei diesem Stand der Dinge wäre es voreilig, bereits in absehbarer Zeit mit dem ersten Spatenstich für die neue Universität zu rechnen.

Gründe des Scheiterns

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Nach zehnwöchiger Dauer sind die Verhandlungen um die Neubildung einer österreichischen Koalitionsregierung zunächst völlig gescheitert. Auch der letzte Versuch, bei einem "Gipfeltreffen" der beiden Parteivorsitzenden zu einer Annäherung zu gelangen, schlug fehl. Der designierte Bundeskanzler, ÖVP-Parteiobmann Dr. Alfons Gorbach, wird nunmehr dem Bundespräsidenten Dr. Adolf Schärf einen Zwischenbericht erstatten. Die damit geschaffene Verhandlungspause wird man auf beiden Seiten dazu nützen, sich über weitere Möglichkeiten schlüssig zu werden. Tatsache aber bleibt jedenfalls, dass die bisherigen Verhandlungen ergebnislos verlaufen sind. Über die Gründe des Scheiterns werden nur vage Angaben gemacht. Es ist daher angezeigt, sie näher zu beleuchten:

Es geht beiden Parteien, der ÖVP und der SPÖ, um die Prestigefrage der künftigen Besetzung des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten. Die ÖVP will der sozialistischen Aussenminister Dr. Bruno Kreisky "abschiessen", die SPÖ will ihn, der zugleich stellvertretender Parteivorsitzender ist, unbedingt halten.

Dr. Kreisky genießt hohes internationales Ansehen und gilt als fähiger Politiker. Während seiner Ministertätigkeit hat man erstmalig gemerkt, dass die Republik Österreich auch eine Aussenpolitik hat. Bis dahin gab es nicht nur kein selbständiges Aussenministerium (vielmehr nur eine Unterabteilung des Bundeskanzleramtes), sondern es gab vor allem auch keinen Aussenminister von vergleichbarem Format. Der Vorgänger Kreiskys, Ing. Leopold Figl, errang sich zwar durch sein liebenswürdiges, konziliantes Wesen viel echte Sympathie - insbesondere durch seine Schwäche für gepflegte Weine -, aber eine internationale Achtung für Österreich und seine lebenswichtigen Anliegen war damit kaum verbunden. Im Falle Südtirols zum Beispiel liess Figl, wie man in Österreich sagt, "den Herrgott einen guten Mann sein", das heisst, er tat überhaupt nichts und bezeichnete die Gegensätze mit Italien als "ganz unerheblich". Erst Dr. Kreisky brachte diese Angelegenheit vor die Vereinten Nationen und stellte sie damit zur internationalen Diskussion. Seither wird darüber wenigstens wieder verhandelt.

Ein sozialistischer Politiker von solchem Format ist der ÖVP ganz besonders verhasst. Mit seiner Absetzung soll gleichzeitig auch die SPÖ gedemütigt werden, denn Dr. Kreisky ist gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender dieser Partei.

Aber neben diesen persönlichen Motiven der ÖVP spielen auch sachliche Momente eine Rolle. Wenn es nämlich der ÖVP gelingt, der SPÖ das Ausserministerium "abzunehmen", dann werden in Zukunft alle internationalen Handelsverträge, insbesondere jene, die mit der europäischen Wirtschaftsintegration zusammenhängen, eine ausschliessliche Familienangelegenheit der ÖVP sein. Nur ÖVP-Minister könnten dann geraden Einblick nehmen und entsprechende Entscheidungen treffen: der Bundeskanzler, der Handelsminister, eventuell auch der Landwirtschaftsminister und der Finanzminister und auf jeden Fall eben auch ein etwaiger ÖVP-Aussenminister. Man wäre dann gewissermassen unter sich.

Gegen ein solches Konzept haben die Sozialisten mit Recht einige schwere Bedenken. Die gänzliche Ausschaltung von internationalen Handelsabmachungen, noch dazu im Zeichen der Bemühungen um eine Assoziation an die EWG, würde die SPÖ politisch auf ein totes Gleis bringen. Mit Ausnahme der verstaatlichten Unternehmungen und der staatlichen Verkehrsbetriebe wäre dann der gesamte wirtschaftspolitische Bereich ausschliesslich in den Händen der ÖVP. Eine solche Konsequenz, so argumentiert die SPÖ, wäre jedoch durch die Einbuße von nur zwei Mandaten bei den letzten Parlamentswahlen absolut nicht gerechtfertigt.

Das also war die entscheidende Frage bei den bisherigen ergebnislos verlaufenen Koalitionsbesprechungen um die Neubildung einer österreichischen Bundesregierung. Was sonst noch zwischendurch erörtert wurde, war von sekundärer Bedeutung. Im übrigen konnte man sich auch dabei nicht einigen.

In offensichtlicher Verkennung der realen politischen Gegebenheiten ist die ÖVP von ihrer anmassenden Haltung noch immer nicht abgerückt. Die SPÖ hingegen ist zwar für eine Koalition, aber nicht für eine Kapitulation.